

28. November 2001

Plank: Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe ist Schwerpunkt „Werde mit FP-Petition zur Agrarpolitik sorgsam umgehen“

Anlässlich der Übergabe einer Petition der NÖ Freiheitlichen an die Landesregierung zum „Ausstieg aus der industrialisierten Agrarpolitik der EU“ erklärte gestern Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank, dass er es grundsätzlich begrüße, wenn sich jemand um die Anliegen der bäuerlichen Betriebe annimmt, und stellte klar, dass mit dieser Petition sorgsam umgegangen werde. Ein Schwerpunkt der heimischen Agrarpolitik liege in der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik in Richtung Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe.

Eine Renationalisierung von Teilen der Agrarpolitik wird, so Plank, nicht für sinnvoll erachtet, vielmehr die regional bezogene Entwicklung von Ausgleichsprogrammen, wie beispielsweise das erfolgreiche Programm für Umwelt und Landwirtschaft (ÖPUL). Weiters bekenne sich Niederösterreich zur umfassenden Qualitätssicherung durch eine offensive Zusammenarbeit von Tierärzten und Landwirten im Rahmen des professionellen Tiergesundheitsdienstes. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Weiterentwicklung der umweltorientierten Landwirtschaft, die sowohl Lebensraum als auch qualitativ hochwertige Lebensmittel für die Verbraucher sichert.

Plank wies weiters darauf hin, dass die geforderte Sonderzahlung für geschädigte Tierhalter durch eine BSE-Sonderfinanzierung des Landes Niederösterreich in der Höhe von 45 Millionen Schilling (3,27 Millionen Euro) bereits in Umsetzung sei. „Selbstverständlich habe ich Interesse, konstruktive Überlegungen für die Weiterentwicklung unserer Landwirtschaft aufzunehmen“, betonte Plank abschließend.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at